

Antrag

der Abgeordneten Achim Großmann, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Gabriele Iwersen, Dr. Ulrich Janzen, Volkmar Kretkowski, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Walter Rempe, Otto Reschke, Dieter Schloten, Erika Simm, Peter Conradi, Franz Müntefering, Siegfried Scheffler, Dr. Konrad Elmer, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Klaus Kübler, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

Mietentwicklung in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Erhöhungen der Mietbelastung für die Haushalte in den neuen Ländern sind unausweichlich, wenn ein weiterer Verfall der Bausubstanz gestoppt und die Wohnsituation wirksam verbessert werden soll.
2. Die Erhöhung der Wohnkosten kann – in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Einigungsvertrages – nur schrittweise und unter Berücksichtigung der allgemeinen Einkommensentwicklung erfolgen.
3. Notwendige Erhöhungen sind in ein Gesamtkonzept der Wohnungspolitik für die neuen Länder einzupassen, daß die Mietentwicklung durch folgende Maßnahmen flankiert:
 - Begrenzung der Mietsteigerungen durch eine generelle, nach Wohnungsqualität differenzierte Mietpreisobergrenze;
 - Harmonisierung dieser Obergrenze mit den Mietobergrenzen des Wohngeldes, das auf die volle Warmmiete ausgedehnt und insgesamt vor allem für einkommensschwächere Gruppen verbessert werden muß;
 - Ergänzung durch ein breites Investitionsprogramm zur Verbesserung der Bausubstanz und der Energieeffizienz bei der Gebäudeheizung; Erhöhung der Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau und die Stadterneuerung, eine deutliche Verbesserung und Aufstockung des Zinsverbilligungsprogrammes der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Modernisierung von Wohnraum in den neuen Ländern unter Einbeziehung der Mietermodernisierung.

Bonn, den 21. März 1991

Unterschriften und Begründung umseitig

**Achim Großmann
Norbert Formanski
Iris Gleicke
Gabriele Iwersen
Dr. Ulrich Janzen
Volkmar Kretkowski
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Walter Rempe
Otto Reschke**

**Dieter Schloten
Erika Simm
Peter Conradi
Franz Müntefering
Siegfried Scheffler
Dr. Konrad Elmer
Hans Gottfried Bernrath
Dr. Klaus Kübler
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion**

Begründung

Im Einigungsvertrag ist die Bundesregierung ermächtigt worden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Mietsteigerungen und die Umlage von Nebenkosten zuzulassen.

In den neuen Ländern sind Erhöhungen der Wohnkosten notwendig, da die Mieten nur Teile der laufenden Bewirtschaftungskosten decken und kein Spielraum für Instandhaltung und Modernisierung besteht. Fehlende Ausgleichszahlungen führen dazu, daß das wirtschaftliche Überleben vieler kommunaler Wohnungsunternehmen gefährdet ist.

Allen bisher bekanntgewordenen Verordnungsentwürfen der Bundesregierung fehlt eine ausreichende soziale Flankierung, die angesichts der Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Ländern besonders dringlich ist.